

Die Deutschen, der Faschismus und der Holocaust

- im Schatten des Jugoslawien-Krieges -

(Für eine andere Aufarbeitung der Schuld der Deutschen -
gegen die Instrumentalisierung der Schuld als politisches Instrument)

eigene und andere Texte

Tristan Abromeit, Hrsg.

Mai 1999

Text 21.5

Die Art der Vergangenheitsbewältigung spaltet permanent die Bündnisgrünen

Tristan Abromeit, Mai 1999

„Ultrarechte Tendenzen“

Eine Stellungnahme von Tristan Abromeit zum Vorwurf des KV Verden, Mai 1983
mit Antrag des KV Verden und des Flugblattes von Hermann Müller

Die Wirkungen einer Stellungnahme: Ein Parteiausschlußverfahren

von Tristan Abromeit, Mai 1994

Stellungnahmen von Prof. Klönne, Fred Braun und Chr. Miséré
Die Entscheidung des Schiedsgerichts , Bilder

Wirbel um ein Zitat

Tristan Abromeit, Sept. 1883

„Ultrarechte Tendenzen“ Schreiben an die HAZ, 3. 9. 83

Pressemeldungen, August 1983

Landesversammlung in Emden, TA, Sept. 2007

Flugblatt: **Es kann keinen Frieden geben auf Erden ...**, 18. 10 81, Hermann Müller

Stellungnahme zur LDK in Emden von Hermann Müller, Sept. 1983

Noch einmal: Extrem rechte Ansichten beim liberalsozialen Arbeitskreis Dritter Weg?

Georg Otto, August 1983

(Seiten 1 – 36)

Die Art der Vergangenheitsbewältigung spaltet permanent die Bündnisgrünen

Tristan Abromeit

Mai 1999

Abgesehen davon, daß es in jeder Vereinigung von Menschen - auch bei einem äußeren monolithischen Eindruck - bei genauer Betrachtung immer eine Möglichkeit der Differenzierung gibt, ist bei den Grünen von der viel beschworenen Vielfalt in der Einheit nicht mehr viel zu spüren. Auch der Ruf „Wir sind nicht links. Wir sind nicht rechts. Wir sind vorn!“ ist nicht mehr zu hören. Die traditionellen Konservativen wurden raus „gegruht“. Viele Einzelmitglieder, die man unter profiliert-farbig zusammenfassen kann, haben sich zurückgezogen, und die Ultralinken haben resigniert, als sie merkten, daß durch Abstimmungssiege in den Landes- und Bundesdelegiertenversammlungen die Köpfe und Herzen der Mitglieder der grünen Partei nicht vereinnahmt werden können. Geprägt wird heute das Erscheinungsbild von Mitgliedern des Typs Sozialdemokrat (des verkappten Konservativen) in zwei Variationen. Die einen werden zu unrecht Realos genannt, die anderen zu unrecht Fundis. Falsch sind diese Bezeichnungen deshalb, weil die Realos nicht die Realitäten sehen, die die Gesellschaften zerstören, sondern nur die, daß das Kapital sich verweigert, wenn es nicht ausreichend bedient wird. Und die Fundamentalisten wollen ja nicht die Gesellschaft vom Fundament her erneuern, sondern sie noch mehr durch ihren linken Strukturkonservatismus und linken Etatismus prägen. Dieses Verharren im Gestrigen wurde dadurch verursacht, daß innerhalb der Partei lautstark eine multikulturelle¹ Gesellschaft gefordert wird, aber der multipolitische Gründungsansatz nicht durchgehalten werden konnte. Der ursprüngliche multipolitische Ansatz der Grünen war nicht nur nötig, damit die wettbewerbsfeindliche und verlogen begründete 5%-Hürde übersprungen werden konnte, sondern noch mehr, um Denkblockaden, die sich bei Ein-Partei-Parteien fast automatisch einschleichen, aufzubrechen bzw. zu verhindern. Daß die Grünen so schnell von ihrem Gründungsverständnis Abschied nahmen, hat nach meiner Einsicht mit folgendem zu tun:

Erstens: Im „CDU-Staat“, der sich in den ersten beiden Jahrzehnten der BRD herausgebildet hatte, gab es keine in der Öffentlichkeit sichtbaren mit dem Marxismus konkurrierenden Politikmodelle, an denen sich die Opposition - vor allem die jugendliche - in unterschiedlicher Weise kristallisieren konnte. Dieses marxistische Politikmodell war zu dieser Zeit schon überholt. Die Einsicht in die Untauglich-

1 In Wahrheit wird unter dem Begriff multikulturell für eine Einheitsmischkultur geworben.

keit des marxistischen Modells - bei partieller Tauglichkeit für die Deutung kapitalistischer Wirtschaftsabläufe - wurde durch den vorhandenen Eisernen Vorhang und die rosa-roten Brillen derjenigen, die da nach diesem Modell griffen, verhindert. Die linke Opposition wurde so zu einer Monokultur, auch wenn sie sich wegen Nebensächlichkeiten auseinanderfetzte. Aber der Marxismus eignete sich in der BRD während des kalten Krieges besonders gut für junge Menschen, um sich gegen die dominierenden Erwachsenenwelt mit ihren Unzulänglichkeiten abzusetzen. Wenn die Erwachsenenwelt sich aber so gebärdet, daß die natürliche jugendliche Opposition sich nicht mehr von ihren Leitbildern lösen kann, dann hat das später Folgen, die die gesellschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen. Wir sollten das bei den Jugendlichen bedenken, die heute ihre Opposition mit der Symbolik und Gestik aus dem rechtsradikalen Lager ausdrücken.

Zweitens: Die wirtschaftlichen Reformansätze für eine dezentrale, humane Wirtschaft verkamen sehr schnell zu einer Restauration des Kapitalismus mit sozialpolitischen Beruhigungsspielen für die Arbeitnehmer. Der Staat entwickelte sich dabei zum „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“. Da aber die real existierende Wirtschaft mit dem Begriffspaar ² *Soziale Marktwirtschaft* belegt worden war, wurden alle marktwirtschaftlich orientierten Reformansätze von vornherein verdächtigt, den Kapitalismus verteidigen zu wollen. Ja, nicht selten wurde der Begriff *Marktwirtschaft* als Begriffsmerkmal des Faschismus verstanden und gebraucht.

Drittens: Da aus der praktizierten Vergangenheitsbewältigung mehr oder weniger das Verhalten der demokratischen Parteien vor der Nazi-Zeit herausgehalten wurde und auch die wirtschaftlichen Vorgänge vor und nach der Machtdelegation auf Hitler so gut wie ausgeblendet wurden, das Aufkommen und die Etablierung des Nationalsozialismus aber dennoch erklärt werden mußte, wurde gedanklicher Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus und ebenso versponnene völkische Ideen als die Hauptursache für den Holocaust definiert. Die Folge bei einem solchen Verfahren ist natürlich, daß alle Begriffe, Gedanken und Halbsätze, die den Verursacherbegriffen in irgendeiner Form zugeordnet werden konnten bzw. können, bekämpft werden mußten bzw. müssen. Es kommt gar nicht mehr darauf an, was einer sagen will, sondern wie er es sagt. Bei diesem Verfahren haben vor allem Menschen schlechte Karten, die ihre politische Sprache in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts ausgebildet haben. Wenn nur noch aufgepaßt wird, ob einer etwas sagt, mit dem er als faschistoid oder faschistisch denunzierend entlarvt werden kann, dann ist keine fruchtbare politische Kommunikation mehr möglich. Es stellen sich auch dort Verfestigungen ein, wo tatsächliche faschistoide Gedanken bei einem anderen Gesprächsansatz aufgelöst werden könnten.

2 „Das Problem ist, daß beinahe sämtliche Begriffe besetzt sind.“ Rudolf Bahro weist hier in einem Gespräch (Weltlosigkeit ist keine Lösung) mit den *Grünen Informationen* auf einen Sachverhalt hin, der uns allen Schwierigkeit bereitet.

In dieser Situation nach dem Schuldigen zu fragen, ist müßig. Tatsache ist, daß auf diese Weise der Vergangenheitsbewältigung aus dem Hoffnungsträger DIE GRÜNEN, der vom Ansatz her in der Lage gewesen wäre, das Parteienkartell und die gesellschaftlichen Verkrustungen aufzubrechen, nur ein weiterer Mitbewerber um die politische Macht übrig geblieben ist, und sogar das ist noch ein nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher Gewinn. Aber von den Gründungserwartungen her gesehen ist es eine politische Pleite. Die politische Mittelmäßigkeit verfestigt sich und die wirklichen Probleme werden verschleiert.

Anhand von eigenen und anderen Texten, die im Zusammenhang mit einem Parteiausschlußverfahren wegen Verharmlosung der NSDAP entstanden sind, und mit Auszügen aus einer Rede von Rudolf Bahro will ich versuchen zu verdeutlichen, daß schon ziemlich früh mit den Grünen etwas schiefgelaufen ist.

Dem verstorbenen Rudolf Bahro, DDR-Dissident und eine lange Zeit lang Mitglied der GRÜNEN, trieb nämlich schon ziemlich früh die Sorge um, das Projekt *grüne Partei* könnte scheitern.

Am Tage vor der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) der Bündnisgrünen in Bielefeld am 13. 5. 99, in der die Delegierten über die Zustimmung oder Ablehnung der Bombardierungen im Restjugoslawien abstimmen sollten, habe ich die Rede von Rudolf Bahro durchgelesen, die er im Dezember 1984 auf der BDK in Hamburg gehalten hat. Hier einige Gedanken von Bahro³:

„Die Grünen sind am Rande, an der Grenze dieser Gesellschaft entstanden. Sie haben etwas zu tun sowohl mit deren Ausgrenzungsmechanismen als auch mit deren Zerfall, der dazu führt, daß Menschen auch ohne direkte Intention der Macht aus dem System herausfallen und - in den wichtigsten Fällen - von sich aus aussteigen, tendenziell, um vor den Toren etwas Neues anzufangen.“ ...

...“Sorgen macht mir - ... daß auch Lukas Beckmann staats- und SPD-bezogen zu denken scheint. Von Dir wünsche ich mir Klarheit. Du sagst, ein Bündnis - zumindest verbal also als Perspektive von Dir angenommen - werde sich an der Friedensfrage entscheiden. Willst Du die SPD fragen, ob sie mit uns mitgehen will 'ohne Rüstung leben' - oder wieviel billiger sie uns die Bundeswehr machen will? Tust Du das zweite, so lenkst Du mit von unserer Aufgabe ab, der Bevölkerung das verdrängte Geheimnis ins Bewußtsein zu rufen, daß Tiefflieger nicht in erster Linie Lärmbelästigung, sondern Kriegsvorbereitung bedeuten. Es geht jetzt nicht ohne diese äußerste Klarheit.“ ...

Diese Klarheit wurde weder von denen gewollt, die ein Zipfelchen der Macht wollten, noch von denen, die an der Antifaschistischen Front kämpften. Auf die ökonomischen Bedingungen für einen Bür-

3 Ich zitiere aus dem fotokopierten Redemanuskript, das ich auf der BDK 1984 in Hamburg persönlich von Rudolf Bahro erhalten habe.

ger- und Völkerfrieden, auf die die freiwirtschaftlich orientierten Mitglieder immer wieder hingewiesen haben, wollte keiner hören. Weiter mit Bahro:

...“ Der herrschende Block von Geißler bis Glotz hat das Problem klar erkannt. Daher trommeln sie uns in die Mitverantwortung für die Todesspirale, die sie zusammen mit dem großen Geld und der großen Industrie betreiben. „ ...

...“Wenn - bis auf gewisse Zyniker, die nichts als mit an die Macht wollen - auch die meisten Realos irgendwo im Herzen grundlegende Veränderungen wollen - ... - dann müssen wir doch einmal, jenseits der neuerlebten Stallwärme der SPD, bis auf den Grund klären, was es bedeutet, wenn sich die noch minoritäre Gegenkraft, ungefestigt, zielunklar, wie sie ist, mit einer der ältesten Hauptkräfte des Status quo verbindet, die längst vollständig und vollbewußt zur dienstbaren Unterfunktion eines unvergleichlich mächtigeren Ganzen geworden ist.“ ...

... „Viele Grüne wissen es jetzt schon - und sogar quer zu den Lagern unseres Streits - sei begrüßt, Helmut Lippelt! -, die Sache wird zuletzt zwischen Grün und Schwarz ausgetragen werden, und Grün wird siegen, in welcher Verlaufsform auch immer.“ ...

Zu einem Antrag des KV Lauenburg: ...“Die Forstleute sollen keine Bäume mehr pflanzen, weil es keinen Sinn mehr hat. Die Grünen gegen's Bäumepflanzen - aufwachen, aufwachen! Heißt das. Und wie wollt Ihr, wie ihr Euch ausdrückt, die Umwelt renovieren? Nicht mit der Abstellung der Schadstoffquellen, sondern mit Schadstoffreduzierung. Schneller in die Katalysatoren für den nächsten Boom der Autoindustrie? Ihr fallt ja realpolitisch so hoffnungslos ab gegen den radikalen Ökologen Joschka Fischer, diesen Windbeutel in der Ökonomie, diesem Liebhaber der Geldwirtschaft, die die Freiheit des alternativen Individuums sichert.“ ...

...“ Der Gegensatz ist tief. Bonn ist nicht Hessen, wo wir über Worte nicht hinausgegangen sind. Ihr wollt diese reichste, mächtigste europäische Provinz des Imperiums, mit dem der weiße Mann, unwiderstehlich durch sein kapitalistisches System, die ganze Menschheit überzogen hat auf ein Ende der Geschichte hin - die wollt ihr mitregieren und mitverantworten. Wir dagegen möchten dies Imperium auflösen, liquidieren, so wie man ein bankrotttes Geschäft liquidiert, um noch etwas für einen neuen Anfang zu retten. Wir wollen die Partei bis zur nächsten Bewegungswelle brauchbar halten. Ihr möchtet den zuverlässigen Partner für die SPD daraus machen. Mit dem Gerede über die Kompetenz, die man nicht in zwei Jahren erwirbt und die die Partei nicht aufs Spiel setzen darf (Wieso würde die denn unten nichts nützen, aber besser?), verschleiert Ihr, worum es wirklich geht. Der Fraktionsbericht zeigt, Ihr seid schon an den Punkt gekommen, kollektiv, wo es Prinzip ist, entgegengesetzt zu den Bewegungen von der Rüstung bis zu den Tierversuchen alles 'einschränken' statt abschaffen zu wollen.

So werdet Ihr ein größeres Übel als die SPD, weil man es bei Euch noch nicht für möglich hält, Ihr machtet dasselbe in grün.“ ...

...“Ihr Reformisten, das könnt doch selbst Ihr nicht ernstlich glauben, daß die Große Maschine, die uns immer mehr an die Wand drückt, durch irgendwas anderes aufzuhalten ist als durch eine Volkserhebung, für die unsere Brokdorf- und unsere Startbahn-Demo nur ein Prolog gewesen sein kann?! Und das ist nicht Reformisten-, das ist Reformationszeit, die jetzt angehoben hat. Es gibt da einen kleinen Unterschied, den, daß die Reformation etwas einschließt, was Engels mal die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte genannt hat, den Großen Deutschen Bauernkrieg. Es gab nicht nur Luther, an den heranzureichen sich schon lohnen würde. Es gab auch noch Thomas Münzer. Der hat sie unter der Regenbogenfahne, voran einen unsichtbaren Bauern-Christus, in den Kampf geführt, nachdem ihnen die Herren keine andere Wahl gelassen hatten als den Aufstand. Die Bauern sind besiegt worden. Es steht ja geschrieben, wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen. Also beim nächsten Mal anders besser. Aber wir müssen Müntzersche sein, nicht von dem sanftlebigen Fleisch zu Wittenberg, wie der den späteren Luther nannte, nicht eine ökolibertäre Paulskirchenpartei, die von vornherein so vor dem Idealtypus der repräsentativen Demokratie scharwenzelt wie die späteren Bismarck-Liberalen schon 48/49 vor der verfaßten Monarchie.

Denen war es halt das Wichtigste, daß sich das Volk, der wilde Lümmel, nur wohldosiert zu Worte melden konnte. Jetzt haben die moderaten Leute noch einen viel schöneren Hammer. Das Volk - und mit ihm als einer autonomen Kraft umgehen zu wollen - das ist nämlich 'totalitär'. Sie haben es nötig, dem Hitler diesen letzten Sieg zuzuschancen, daß man nun endgültig in Deutschland das Volk nicht mehr rufen dürfe.“ ...

„Jetzt bin ich fast am Ende ... Was nun? ... Ich erwähne die Probleme.

Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazipartei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verloren gehen. Lassen sie sich kooptieren und werden sie kooptiert, sind sie nacher, wenn der Sturm seine größte Stärke, die Welle ihre volle Höhe erreicht, schon eine Systempartei mehr - besser könnt Ihr den Bürgerkrieg und die anschließende Diktatur nicht vorbereiten.“ ...

Aus dem nicht gesprochenen Teil der Rede:

„In den Grünen war einmal weithin klar - und zwar trotz der unterschiedlichen Auffassungen von Gruhl bis Dutschke -, daß es unmöglich sein wird, auch nur die 'Umwelt' - dieses viel zu schmale Wort für Biosphäre-Gaia-Erde samt kosmischer Umgebung - zu retten ohne das Aussetzen der gesamten

Struktur und Dynamik dieser industriell-kapitalistischen Formation. Welche Färbung das auch immer bei ihnen war, davon hatten Leute wie Gruhl und Springmann unendlich mehr begriffen als gewisse grüne Leichtgewichte aus dem ehemaligen Sozialistischen Büro, wo sich so viele nur immer zu vornehm waren, in die SPD einzutreten. Was so viele angegrünte Leute aus dem linksintellektuellen Hochschulmilieu wirklich leitet, ist nur die Angst vor 'rechts': sie möchten nicht in ihren hauptsächlich sterilen akademischen Existenzen eingeschränkt oder gar gefährdet werden, während ihnen wahrscheinlich in den meisten Fällen nichts besser täte, als diese elende Sekurität einmal zu verlieren. Um raschen Machterwerb im Sinne des Einzugs in die Zentralen, die ja gerade mit verschwinden und nicht neu besetzt werden müssen, ging es dagegen ursprünglich nicht - solche Vorstellungen waren zwar bei den kommunistischen Gruppen aus der Gründerzeit vorhanden, aber nicht mit dieser kleinkarierten Motivation spätrömischer Anspruchspolitik. Die intellektuellen Trabanten der SPD, die wir jetzt zuhauf mit uns haben, waren immer nur in der Phrase radikal. Zuerst, als wir noch nichts waren, hatte sich da die Spreu vom Weizen getrennt, uns fielen nur die schweren Körner zu; das hat sich halt unvermeidbar geändert.“ ...

Auf die von Bahro angesprochene Ähnlichkeit zwischen dem formalen Aufstieg der Grünen und der NSDAP hatte ich schon in einer Zurückweisung von Faschismusverdächtigungen hingewiesen. Mir hat dieser Hinweis damals ein Parteiausschlußverfahren eingebracht, das an dem Tag in dem Gebäude zu meinen Gunsten entschieden wurde, als Bahro in das gleiche Horn blies. Den ganzen Vorgang zu dokumentieren, würde ein Buch füllen. Ich gebe hier den auslösenden Text „Ultrarechte Tendenzen ...“ mit dem kritisierten Flugblatttext von Hermann Müller wieder. Es folgen ein Antrag des Kreisverbandes der Grünen Verden vom Mai 1983. Dann mein Text „Die Wirkungen einer Stellungnahme: Ein Parteiausschlußverfahren“ aus meiner Dokumentation vom September 1990 mit Stellungnahmen von Arno Klönne⁴, Fred Braun und Christof Miseré. Die Entscheidung des Bundesschiedsgerichtes der Grünen lasse ich raus, weil sie nicht viel an Informationsgehalt hat. Ich lasse meinen Beitrag „Wirbel um ein Zitat“ vom 8. Sept. 1983 folgen und schließe mit einer Einlassung von Hermann Müller aus den Grünen Informationen vom 29. 9. 83 ab.

Der Kreisverband Verden betont in einem Schreiben, daß es ihm mit seiner Kritik nicht um die Gruppe, die Strömung gehe, der Hermann Müller zugerechnet würde, sondern nur um sein Flugblatt. Das ganze Verfahren hat aber gezeigt, daß die „lieben Parteifreunde“ doch in erster Linie die erste Gründungsgruppe der Vorläuferpartei, Grüne Liste Umweltschutz treffen wollten. Sie haben wie der Teufel das Weihwasser vermieden, die Inhalte dieser Gruppe / Position parteiöffentlich zu diskutieren. Daß sie damit gegen alle ihre guten Vor- und Grundsätze verstießen, war ihnen damals schon egal.

Ich muß aber zugeben, daß die Situation für die Grünen nicht ganz einfach war. Die Runde der damals

4 Arno Klönne war zu der Zeit Professor für Soziologie in Paderborn und hat schwerpunktmäßig über den NS-Staat geforscht. „Jugend im Dritten Reich - die Hitlerjugend und ihre Gegner“ ist eine von vielen Veröffentlichungen.

etablierten Parteien versuchte die erstarkende Konkurrenz, DIE GRÜNEN, in eine Ecke mit den Nazis zu stellen. Darum ging es aber weder Bahro noch mir. Die Grünen sollten also mit Faschismusvorwürfen - die innerhalb der Partei selbst als Mittel zur Ausschaltung der Konkurrenz benutzt wurden - klein gehalten werden. Zum besseren Nachvollzug dieser Auseinandersetzungen füge ich den Leitartikel „DIE GRÜNEN und der Faschismusvorwurf“ von Hans-Martin Schönherr aus „Die Unabhängigen“ vom 6. Juli 1985 bei, ebenfalls die Titel- und erste Umschlagseite des Grünen Bulletin (Ausgabe Nov./ Dez. '84), das auch die Rede der Bundestagsabgeordneten Waltraud Schoppe wieder gibt. In der damaligen Bundestagsdebatte ging es um die Flickspenden an die Parteien. Zu dem Thema paßt gut eine Besprechung von Carsten Lilge (Leben im Überfluß / HAZ 24. 10. 98) zu dem Buch „Hitlers Geld. Vom armen Kunstmaler zum millionenschweren Führer“ von Wulf C. Schwarzwäller.

Ich füge auch die Austrittserklärung aus den GRÜNEN von Detlef Obote vom 25. 7. 84 bei. Sie zeigt beispielhaft, daß schon sehr früh für viele Mitglieder aus der Gründungszeit die Partei unerträglich wurde. Keiner hat die Frauen und Männer gezählt, die enttäuscht und resigniert die Grünen verlassen haben. Niemand fand es für nötig, die Austrittsbegründungen systematisch zu dokumentieren. Wer den Sieg will, darf sich nicht um die Verletzten kümmern; allenfalls ist es klug, die Müden mit Untergangsparolen zu peitschen.

Die Parteien sind Idealismusverschleißmaschinen, das habe ich schon vor zwei Jahrzehnten formuliert. Das wäre ja noch hinzunehmen und zu ertragen, wenn die politischen Parteien wirklich das täten, was sie versprechen und wofür sie viel Geld aus der Staatskasse kassieren. Ihr Versprechen lautet: Wir lösen gesellschaftliche Probleme! Die Wirklichkeit: Die Parteien bescheren uns unter ihrer Herrschaft mehr Probleme, als sie lösen. Der (Kunst-)Handwerker weiß, daß das Gelingen seines Werkstückes wesentlich von der richtigen Wahl des Werkzeuges abhängt. Diese Weisheit scheint den Mitbürgern, die sich der Politik - aus welchen Motiven auch immer - verschrieben haben, nicht zugänglich zu sein. Das Versagen der Parteien (und der institutionalisierten Politik) ist die Voraussetzung für die Entstehung von Bewegungen. Es entsteht keine Bewegung ohne massenhaft empfundener Mangel oder Bedrohung. Der häufig arrogante Oberlehrerton, mit denen Bewegungen bewertet werden, ist unangebracht .

Heinrich Kupffer schreibt:

„'Bewegungen' sind ambivalent. Wie in der Epoche vor dem Dritten Reich sehen wir auch heute wieder eine Vielfalt von 'Bewegungen': nach der Studienbewegung die Friedensbewegung, die ökologische Bewegung u.a.m.. Sie alle zeigen wie damals die Ambivalenz von Bewegungen überhaupt. Einerseits wirken sie ungemein belebend: erfassen sie doch, daß die Parteien immer unbeweglicher werden, in der Mitte des politischen Spektrums zusammenrücken, wesentliche Fragen, die für die Bevölkerung interessant sind, gar nicht oder zu spät bemerken. Zugleich zeigen sich jedoch die fragwürdi-

gen Seiten jeder Bewegung. Indem chronisch eine auf einige ausgewählte Angriffspunkte konzentrierte Protesthaltung eingenommen wird, kommt es in der politischen Willensbildung zu einer 'Reduktion von Komplexität'. Wieder wird der Versuch gemacht, Gesinnung und Aktivität zur Deckung zu bringen. Das zwingt zu selektiver Wahrnehmung der Wirklichkeit und zur Stabilisierung einzelner Teilprobleme. Politisches Handeln schrumpft auf die Vollstreckung von Plebisziten in ökologischen oder militärischen Belangen. Bewegungen sind Kennzeichen der modernen Industriegesellschaft. Sie greifen Bedrohungen auf, die in der professionellen politischen Routine übersehen oder ignoriert werden. Indem sie sich direkt für deren Bewältigung engagieren, glauben sie sich 'unmittelbar zur Wahrheit', übersehen oder ignorieren aber damit ihrerseits auch alle anderen Probleme, die nicht 'wahrheitsfähig' sind, sondern nur durch Kompromisse und Verhandlungen provisorisch gelöst werden können.“⁵

Heinrich Kupffer hat recht und auch nicht. Beide Politikinstrumente haben nämlich ihre Schwächen und Stärken, beide Instrumente sind für das, was man mit ihnen machen will, ungeeignet. Eine Bewegung könnte gar nicht entstehen, wenn die komplexen Anliegen und Interessen ihrer Mitglieder bearbeitet werden sollten. Die Themen, an denen sich die Bewegungen kristallisieren, sind der gemeinsame Nenner, der für alle eine genügend große Bedeutung hat. Das Verharren auf der „Wahrheit“ der Bewegung ist notwendig für den Zusammenhalt, denn anders als bei Parteien gibt es keinen zusammenfügenden organisatorischen Rahmen. Die selektive und enge Auswahl von Problemen ist kein Nachteil der Bewegung, sondern ihre Voraussetzung. Die Bewegung lebt auch davon, daß sie Druck machen will auf Personen und Institutionen, von denen sie annimmt, daß sie unterdrückend wirken. Der große Nachteil (oder Wesensbestandteil) von Bewegungen ist eben, daß sie kein Ort der Ruhe - eine Voraussetzung der gedanklichen Durchdringung von gesellschaftlichen Problemen - sind. Sie sind Unruhe und hören auf, Bewegung zu sein, wenn sie ruhig werden.

Aber haben wir in den Parteien nicht auch eine Reduzierung von Komplexität der Problemauflistungen und der Problemlösungen? Ist nicht gerade Zwang zur Bildung einer einheitlichen Parteilinie und die Bildung von Fraktionen in den Parlamenten aufgrund von Parteizugehörigkeiten (mit ihren Zwängen) mit einer Reduktion der Möglichkeiten verbunden und eine wichtige Ursache für die Unfruchtbarkeit der Parlamente? Die Fruchtbarkeit der Parlamente offenbart sich in der Qualität und nicht in der Quantität der Gesetze. „Parlamente müssen wieder glaubwürdig werden.“ las ich gerade beim Blättern in dem Buch „Der freie Volksvertreter - eine Legende?“ von Hildegard Hamm-Brücher. Die Glaubwürdigkeit der Parlamente stellt sich nicht von alleine ein, sie wird nicht geschenkt, sie muß erarbeitet werden - von den Parlamentariern und den Bürgern ohne parlamentarisches Mandat. Aber mit dem Mandat der Bürgerin / des Bürgers, sich endlich selber eine Verfassung geben zu dürfen und innerhalb eines besinnlichen Verfassungsgebungsverfahren - also ohne die Hektik einer Bewegung und ohne den ausgrenzenden Hickhack in und zwischen den Parteien, aber nicht ohne sachliche, nach-

5 Heinrich Kupffer, Der Faschismus und das Menschenbild in der deutschen Pädagogik, 1984, S. 54 f.

haltige , den „faulen“ Kompromiss⁶ vermeidende Auseinandersetzungen. Wir müßten über die Gewaltenteilung, über die Funktionsteilung von Staat und Wirtschaft und auch über die Delegation von Kompetenz in die dezentralen Einheiten sprechen. Wir müßten haftende Gestaltungsfreiheit schaffen und da, wo unumgänglich zentrale Regelungen geschaffen oder erhalten werden müssen , müssen Entscheidungsfindungsprozesse ermöglicht werden, wie sie beispielhaft mit der Planungszelle in der Bergischen Universität Wuppertal unter Leitung von Professor Dienel entwickelt wurden. Die Ergebnisse dieser Entscheidungsfindungsprozesse fließen dann entweder als Bürgergutachten in die parlamentarische Arbeit ein oder münden in einen Bürger- bzw. Volksentscheid. Dies wäre der Weg, um Glaubwürdigkeit der Politik und Vertrauen in die Demokratie (wieder) herzustellen und damit jeder politisch-totalitären Vorstellung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Zur Zeit ist es eigentlich überflüssig über Bewegungen zu reden, die grüne Bewegung gibt es nicht mehr und auch keine Friedensbewegung, hier sind einzelne Personen und Gruppen, die vom Thema Frieden bewegt werden, für die es aber keinen Sammelbegriff wie den der Partei gibt. Dieser Satz ist für mich die Notbremse, um nicht in das Thema Verfassung abzugleiten. Am 23. Mai 1999 haben nämlich jene Menschen, die mit Raffinesse unseren Staat besetzt haben - wie Hausbesetzer leerstehende Wohnungen - und den Staat als den ihre als ihre Aktiengesellschaft ansehen, die fünfzigjährige Geltungsdauer des Grundgesetzes unter sich gefeiert. Zu den Aktionären gehören inzwischen auch Mitglieder der Grünen. Das diese Zeitgenossen mit dem Status des Besonderen irgendwann und –wo kleinlaut zugegeben haben, sie seien ja eigentlich Verfassungspiraten, habe ich nicht vernommen. TA

6 Kompromiß = Ausgleich, Übereinkunft durch beiderseitiges Nachgeben, so oder ähnlich wird der Begriff in Lexika erläutert. Wie ein Glaubensbekenntnis wird in der Politik ständig gemurmelt, man müsse kompromißfähig sein. Dabei ist es häufig besser, ein Problem auf sich beruhen zu lassen, wenn seine Auflösung nicht möglich, denn ein Kompromiß im Sinne des politischen Sprachgebrauchs kann bedeuten, daß das eigentliche Problem vervielfacht wird. Ich habe vor Jahrzehnten mit dem Staatsrechtslehrer Prof. Erich Reigrotzki, der sich für den Ombudsman stark eingesetzt hat, über das Thema diskutiert. Auf eine spätere Nachfrage schrieb er mir im September 1991, damals 90 Jahr alt: „Natürlich Tristan Abromeit: ... Und nun das Thema: Wiederum mit Goethe! So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist total umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück.“ ...

Die nachfolgend benannten Texte befinden sich unter der Nr. 8.2 in der Textsammlung „Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft, im Modell *Die Natürliche Wirtschaftsordnung*“ auf dieser Internetseite:

„Ultrarechte Tendenzen“

Eine Stellungnahme von Tristan Abromeit zum Vorwurf des KV Verden, Mai 1983
mit Antrag des KV Verden und des Flugblattes von Hermann Müller

OOOOO

Die Wirkungen einer Stellungnahme: Ein Parteiausschlußverfahren

von Tristan Abromeit, Mai 1994

Stellungnahmen von: Prof. Klönne, Fred Braun und Chr. Miséré

Die Entscheidung des Schiedsgerichts , Bilder

Tristan Abromeit

5057 Neustadt 1

8. September 1983

(eingescannt im September 2007)

W I R B E L U M E I N Z I T A T

Eine Reaktion des Zitierten

Mitglied der Partei DIE GRÜNEN

Martin Mombaur MdL im Niedersächsischen Landtag, Fraktion DIE GRÜNEN, hat auf der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN am 27.8. 83 in Emden aus meiner Stellungnahme „Ultrarechte Tendenzen“, von 28./29. Mai 1985 folgenden Satz zitiert:

„Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Belegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt.“

Dieser Satz hat bei grünen Freunden Protest ausgelöst. Den Satz isoliert betrachtet, könnte man in der Tat annehmen, ich würde die Nazis mit den Grünen gleichsetzen. In Zusammenhang gibt der Satz aber einen ganz anderen Sinn. Der Absatz beginnt mit: „Es hat in der Untergangsphase der Weimarer Republik Freiwirte gegeben, die sich in der Erkenntnis, daß Freiheit sich nicht mit freiheitsfeindlichen Methoden erreichen läßt, von Anbeginn gegen Hitler gestemmt haben. Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben.“ Es folgt der oben zitierte Satz, und es heißt dann weiter: „Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre geben können, und daß wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.“

Meine Stellungnahme zu dem Vorgang

1. Meine Stellungnahme „Ultrarechte Tendenzen“ vom 28./29. Mai 83 ist keine Stellungnahme des Arbeitskreises Dritter NWO, sondern meine persönliche, wir erlauben uns eben die Freiheit, Individualisten zu sein. Daß Individualismus sich ausgezeichnet mit Solidarität verträgt, beweist - bei voller Distanz zu der kritisierten Flugblattpassage - meine Haltung gegen-

über Hermann Müller. Diese Solidarität würde ich auch einem Mitglied der Grünen entgegenbringen, der ungerechtfertigt nach links außen abgedrängt werden sollte.

So wie man heute lernt, Unkräuter als Wildkräuter zu sehen und erkennt, daß sie zum ökologischen Gleichgewicht beitragen, also die Kulturpflanzen fördern, so müssen wir auch lernen, daß irrige Ansichten Geburtshelfer von besseren Einsichten sind.

2. Der Antrag des KV Gifhorn der Grünen auf meinen Ausschluß aus der Partei DIE GRÜNEN ist nicht mein Problem. Er kann aber zur Klärung des politischen Standortes der Partei beitragen. Das Ausschlußverfahren selbst wird mehr über die Partei aussagen als über meine Person.

3. Wie ich die Nichtweitergabe meiner Stellungnahme vom 28./29. Mai 83 durch den Landesvorstand beurteile, ist in meinem Redekonzept – das ich auf der LDK in Emden zu Protokoll gegeben habe - auf Seite 1 nachzulesen.

4. Wie ich die Zitierweise von Martin Mombaur bewerte, ist in meiner Stellungnahme am anderen Ort nachzulesen.

5. Meine Reaktion auf die mittels zusammenhanglosen Zitierens auf mich gerichtete Attacke war tatsächlich schwach - wie ein Mitglied aus meinem KV bemerkte -. Ich hätte ja nur den Satz im Zusammenhang vorlesen zu brauchen. Die Delegierten hätten bei objektiver Beurteilung keinen Grund mehr gehabt, empört zu sein. Meine Betroffenheit hatte meinen Bauch verspannt und dadurch meinen Kopf blockiert.

6. „Bewegung“ ist für mich eine Kategorie politischer Machtentfaltung. Andere Kategorien sind Partei, Revolution u.a.. Wenn ich nun feststelle, daß die SPD eine Partei ist wie die CDU, dann behaupte ich doch nicht, daß beide Parteien gleiche Inhalte und Strukturen haben.

7. Wenn die Macht einer Partei mit der Beifügung „statisch“ zu charakterisieren ist, dann die der Bewegung mit „dynamisch“. Die Gefahr, die von Parteien ausgeht, wird durch ihre Immobilität verursacht. Diese verhindert ein rechtzeitiges Erkennen und Eingehen auf neue Problemlagen. Diese Immobilität der Parteien, die wahrscheinlich durch Ideologische Befangen-

heit und der Ausbalancierung auseinanderstrebender Interessen entsteht, ist die Voraussetzung der Entstehung einer Bewegung. Die Grünen sind wortwörtlich auf dem politischen Mist von CDU/CSU, SPD und FDP gewachsen, so, wie die Unfähigkeit der demokratischen Parteien in der Weimarer Republik der Nährboden für die Nationalsozialisten war. Die Gefahr, die von einer Bewegung ausgehen kann, ist die Quelle ihrer Stärke, nämlich die emotionale Energie ihrer Mitglieder. Mit dem Verstand kann man wägen. Mit dem Gefühl kann man bewegen. Das bewegende Gefühl entzieht sich aber leicht dem kontrollierenden Verstand und ist daher verführbar.

8. Hitler und seine Henkerkumpane sind eben nicht vom Himmel gefallen und auch nicht durch einen Militärputsch zur Macht gelangt, sondern sind - bevor sie das Instrument des Terrors einsetzen konnten - von einer aus Not entstandenen Bewegung hochgespült worden. Wenn ich alles, was ich aus jener Zeit von Augenzeugen gehört und gelesen habe, werte, dann komme ich einfach zum Schluß, daß nicht Fanatiker, Rassisten und Machtlüsterne die Ausgangsbasis der NSDAP waren, sondern Hungernde, Verarmte und Idealisten. Diese nahmen für sich genauso in Anspruch, einer guten Sache zu dienen, wie wir es heute für uns tun.

9. Da eine Bewegung nicht geplant werden kann wie eine Partei, kann sie ihre Inhalte auch nicht zweckrational festlegen. Eine Bewegung kristallisiert sich um Begriffe, die dem gesellschaftlichen Problemdruck allseitig verständlich Ausdruck verleihen. Den Begriff „Nationalsozialismus“ empfinden wir heute zu recht als verlogen und das Geschehen, für das dieser Begriff steht, als verbrecherisch. Doch damals bei den miserablen sozialen Verhältnissen (die ja auch von linken politischen Kräften mit zu verantworten sind) und den nationalen Demütigungen (die auch von den damaligen Siegern mit zu vertreten sind) muß der Begriff „Nationalsozialismus“ wie ein Losungswort gewirkt haben. Ist es nicht Marx der sagt, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein schafft? Im Bezug auf die Nazis urteilen Linke immer umgekehrt.

10. Ich bejahe die grüne Bewegung, habe sie von Beginn an mitgetragen, bin mir heute aber nicht mehr sicher, ob es auch richtig war, die Partei zu gründen. Die Bewegung ist in eine Zwitterstellung gekommen, die ihr offensichtlich schadet. Die Parteigründung haben aber auch die etablierten Parteien mit verursacht, weil sie sich vor Konkurrenz durch parteiunabhängige Kandidaten abgeschottet haben. Ich denke, die grüne Bewegung hätte eine Wärme-

kraftkoppellungsmaschine werden können mit einem hohen Ausnutzungsgrad der eingespeisten Energie. Geworden ist sie bisher nur eine veraltete Dampfmaschine, die den größten Teil der zugeführten Energie zum Schornstein raus jagt. Schaden, den die Grünen als Partei anrichten können, sehe ich in der Hauptsache in einer möglichen Erfolglosigkeit, die ein Betrug im Sinne von Enttäuschung tausendfachgeweckter Hoffnung wäre.

Es kann aber auch schlimmer kommen. Stellen wir uns vor:

Die staatstragenden Parteien zeichnen sich ein weiteres Jahrzehnt durch ihre Unfähigkeit aus, die Probleme, die sie selber produziert haben, zu lösen. Die Arbeitslosenzahlen und Konkurse vervielfachen sich, bei den Grünen verkümmert der anfängliche politische Wert „aktive Toleranz“ ganz und der bisher unterentwickelte Freiheitswille erhält keine Nahrung. Ist für diesen Fall garantiert eine Ökodiktatur ausgeschlossen? Man soll nicht die Kraft unterschätzen, die vom Hang zum Gruppenkonformismus bei Parteimitgliedern ausgeht. So wie die Aufspaltung der Parteien in der Weimarer Republik nicht Ursache aber Verstärker der Demokratiefeindlichkeit war, so kann bei den Grünen die Anwendung eines unreflektierten Rotationsprinzips den Willen zur innerparteilichen Demokratie kaputtmachen und letztlich „starke“ Frauen oder Männer auf den Thron heben.

11. Ich bin aber in meiner Stellungnahme auf den Nationalsozialismus nicht nur eingegangen aus Sorge, die Grünen könnten politisch überheblich und blind werden, sondern auch um der häufig anzutreffenden Wertung „Einmal Nazi - immer Nazi“, (Einmal Kommunist - immer Kommunist!) entgegenzuwirken.

Politisches Handeln ist immer mit dem Risiko des Irrs belastet. Zwischen der Verteufelung politisch Irrender und unserer eher unpolitischen Gesellschaft sehe ich einen Zusammenhang. Ich teile daher Horst Schörshusens Anschauung zu diesem Sachverhalt.

Er schreibt in den Grünen Informationen (6/83 S.10) zur Mandatsniederlegung von Werner Vogel u.a.: „Ich halte diese Form von Antifaschismus für unpolitisch. Während es in unserer Gesellschaft genügend Politiker gibt, die auch diejenigen repräsentieren, die aus ihrer Vergangenheit anscheinend nichts gelernt haben, müssen wir auf Politiker, die diejenigen vertreten, die aus ihren Fehlern geistig und praktisch gelernt haben, noch warten. Antifaschistische Politik muß mehr sein, als die Verteufelung ehemaliger Faschisten.

Um dieses zu leisten, brauchen wir ein Menschenbild, das von der Veränderlichkeit der Per-

sönlichkeitsstrukturen ausgeht und sich in konstruktiver Form mit der Vergangenheit eigener Entscheidungen auseinandersetzt.

Gerade das Abstempeln von menschlichen Persönlichkeiten für alle Zeiten schafft ein Klima der Intoleranz, das auch Grundlage der nationalsozialistischen Herrschaft gewesen ist. Grüner Antifaschismus sollte sich wohltuend von der Vergangenheitsbewältigung á la DKP abheben und das Prinzip der Resozialisierung in den Vordergrund stellen. Wie können wir uns das Recht auf Veränderung herausnehmen, wenn wir es nicht auch unserem politischen Gegner zubilligen?“

12. Was nun das spezielle Anliegen des Aks Dritter Weg NWO betrifft, aber an dieser Stelle nicht inhaltlich beschrieben werden soll, so kann festgestellt werden, daß viele Inhalte, die am Beginn unseres Jahrhunderts rundweg abgelehnt wurden, heute in Wissenschaft und Politik als Gemeinplätze gelten, daß aber andere wichtige Elemente dieser Lehre, die eben weit über Keynes und Friedman hinausgehen, bis heute in Wissenschaft und Politik auf Ignoranz oder Widerstand stoßen. Seit der Jahrhundertwende hat es wohl keine regierende oder opponierende politische Kraft gegeben, die nicht über den Nutzen der Anwendung freiwirtschaftlicher Theorien in unterschiedlichster Form informiert worden wäre. (Der Begriff Freiwirtschaft ist historisch und für das politische Anliegen was wir vertreten zu eng.) Da ja von dieser Schule keine Glaubenssätze, sondern überprüfbares Wissen angeboten wird, ist kaum zu verstehen, daß Berufsökonomien lieber mit ihrer theoretischen Arbeit scheitern und Kanzler lieber stürzen, als daß sie genauer ansehen, was wir zu vermitteln suchen.

Seit 1957 bin ich Pazifist und seit dieser Zeit beobachte ich, daß viele Friedensarbeiter (ein Begriff, der im Internationalen Freundschaftsheim Bückeberg unter dem damaligen Leiter Pastor Wilhelm Mensching benutzt wurde) ein gestörtes Verhältnis zur Ökonomie haben oder ihr Heil in einer Planwirtschaft suchen. Sie können Marktwirtschaft nicht von Kapitalismus unterscheiden und folglich auch die wirtschaftlichen Konfliktherde nicht lokalisieren und sie sehen auch nicht die Möglichkeit zum produktiven Abbau von Aggressionen in einer chancengleichen Wettbewerbswirtschaft.

13. Wenn der Mut zur Äußerung von unfrisierten Gedanken eine Tugend ist, die mit politisch rechts zu bewerten ist, dann lasse ich mich gerne einen Rechten nennen. Ansonsten verstehe ich mich als einen radikal-liberalen Grünen.

Tristan Abromeit

Tristan Abromeit
5057 Neustadt 1
Mitglied der Partei DIE GEÜNEN

3.9.1983

An die Hannoversche Allgemeine Zeitung

„Ultrarechte Tendenzen“?

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 24.8.83 sandte ich Ihrer Redaktion Politik eine Tagesordnung der GRÜNEN, Landesverband Niedersachsen für die Landesdelegiertenkonferenz am 27./28. 8. 85 in Emden.

Da der TOP 1 eine Diskussion zum Thema „Ultrarechte Tendenzen im Landesverband“ vorsah, habe ich Ihnen meine Stellungnahme zum Antrag des KV Verden zugesandt. (Ich füge ein weiteres Exemplar als Anlage bei.)

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung brachte am 29.8.83 unter der Schlagzeile „Grüne rücken von 'ultrarechter' Gruppe ab“ den in der Anlage beigefügten Bericht. Diese Schlagzeile ist eine Falschmeldung, weil kein Beschluß über eine Gruppe gefaßt wurde. Es wurde nicht mal über den Gesamthalt eines Flugblattes verhandelt, sondern über eine Passage eines Flugblattes, das von einem Mitglied des Arbeitskreises Dritter Weg NWO verfaßt wurde (siehe Dokumentation in meiner Stellungnahme).

Jene Grüne, denen unsere liberal-soziale Position ein Dorn im Auge ist und die uns deshalb ins politische Abseits bucksieren möchten, werden sich aber über die unverhoffte Schützenhilfe durch die HAZ gefreut haben.

Die dritte Spalte des HAZ-Berichtes hätte korrekterweise etwa wie folgt lauten müssen:
„Wegen eines aus dem Zusammenhang gerissenen Zitates aus der Stellungnahme Tristan Abromeits zu den Vorwürfen des KV Verdens, die der satzungsmäßig nicht vorgesehenen Zen-

sur des Landesvorstandes zum Opfer gefallen war und somit den Delegierten nicht bekannt war, kam dann Schärfe in die bislang eher menschlich-nachsichtige Debatte.”

Die Begründung des Landesvorstandes für die Nichtweitergabe meiner Stellungnahme an die KVs und Delegierten finden Sie auf Seite 2 meines Redekonzeptes für die LDK in Emden. Ich konnte wegen der begrenzten Redezeit nur einen kleinen Teil meiner Argumente vortragen.

Martin Mombauers (MdL) Begründung für die Nichtauslieferung meiner Stellungnahme war sinngemäß: Es sei zu befürchten, daß z.B. Der Spiegel die Stellungnahme in die Hand bekäme und die zitierte Stelle ausschlichten würde. Warum Mombaur dann aber die von ihm kritisierte Stelle vor der Presse zitierte, ist mir unverständlich.

Neben den bereits genannten Anlagen, erhalten Sie als Grundlage einer politischen Bewertung und für Ihre Berichterstattung zwei Schriften (Der Dritte Weg NWO und die Freie Berufsbildungs- Assoziation.)

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Pressemeldungen vom August 1983

Unter der Schlagzeile

Landesversammlung in Emden

wurde in den GI (heißt wohl Grüne Informationen) Nr. 17/83 vom 29. 9. 1983 die Stellungnahme von Hermann Müller zu der LDK in Emden abgedruckt. Hermann Müller war damals sicher das älteste Mitglied der GRÜNEN: Er hat das erste Flugblatt, das zur Gründung einer grünen oder lebensschützenden Partei aufrief unterzeichnet. (Ich lasse es in der Sammlung mit einer aktuellen Anmerkung von Georg Otto folgen.) Müller wurde 1898 geboren und verstarb 1991. Bei seiner Beerdigung hat sich kein offizieller Vertreter der Partei blicken lassen. Bei uns in den Verdacht zu kommen, man sei ein Rechter, hat parteipolitisch eine ähnliche Wirkung, wie es das Fehlen des Ariernachweises bei der NSDAP hatte, möglicherweise bei der NPD noch hat. Die Freiheit des Wortes kommt bei den politischen Parteien allenfalls in programmatischen Reden vor; im Alltag ist es unerwünscht. Der nazihafte Gleichschritt im Denken und die „Geschlossenheit“ (... die Reihen fest geschlossen ...) ist eine Krankheit aller politischen Parteien. Das Schlimme in solchen Situationen ist nicht das Geifern der Besserwisser und Gutmenschen, sondern das Verhalten der Feiglinge und Duckmäuser. Beispiel: Ein verstorbener Parteifreund sagte mir: „Natürlich hat Hermann Müller recht. Ich habe über das Thema promoviert.“ Er hat es aber nur mir in Abwesenheit anderer Personen gesagt. Das Parteilima war nicht so, daß er seine Äußerung in der Versammlung wiederholen wollte. Natürlich kann auch dieser Zeuge sich geirrt haben. Mir geht es hier um das Fehlen des Offenen Wortes in den Parteien, das die Fehlleistungen der Parteien zur Folge hat. Auch war es eine lehrreiche Erfahrung, daß man plötzlich von der Presse als „Ultrarechter“ gehandelt wurde, ohne daß sich auch nur einer ihrer Vertreter die Mühe gemacht hat, einmal bei den Betroffenen nachzufragen, was er eigentlich will und worum der Streit eigentlich ging. Was mich heute noch aufregt, ist, daß Hermann Müller nach Krieg und Vertreibung in seiner Freizeit als Lehrer mit dem Fahrrad über Land gefahren ist und für die Demokratie und eine ausbeutungsfreie und konjunkturfeste Wirtschaft geworben hat, dafür vom Schulrat gemäßregelt wurde und dann am Lebensende von politischen Schwachköpfen und Intriganten ins politisch Aus gestellt wurde.

TA im Sept. 2007

oooooooooooooooo

Es kann keinen Frieden auf Erden zwischen den Menschen geben.....⁷

Vor fast 2.000 Jahren wurde der Menschheit der Frieden auf Erden verheißen, aber noch heute wartet sie und sehnlicher denn je auf die Erfüllung dieses Versprechens, Mit Zuhilfenahme immer stärkerer Umweltverschmutzung und Vergiftung der Natur untergraben die Menschen ihre Lebensgrundlagen, und mit entfesselter Atomkraft können sie unseren Globus zerstören. Obwohl diese Tatsachen allen bekannt sind und immer mehr Warner in letzter Zeit auftraten, die auf die auf uns zukommenden Gefahren hingewiesen haben, sind seitens der führenden Staatsmänner keine Maßnahmen getroffen worden, die Gefahr zu bannen- Angst hat die Völker ergriffen In immer stärkerem Maße wird gegen das drohende Unheil demonstriert - bisher ohne sichtbaren Erfolg. Die größte Kundgebung am 10. Oktober 1981 galt dem

Frieden,

für den sich schon vorher der Evangelische Kirchentag in Hamburg eingesetzt hatte. Es kann aber keinen Frieden zwischen den Menschen geben, wenn sie nicht zu natürlichen Verhältnissen zurückfinden. Ein unerbittliches. unumstößliches Naturgesetz ist der

Kampf,

den alle Lebewesen gegeneinander zu bestehen haben. Nach Heraklit ist nicht der Krieg, sondern der Kampf der Vater alter Dinge. Er wird mit angeborenen Eigenschaften und Kräften ausgetragen und dient der gesunden

⁷ Unter der Ziffer 8.2 ist der Text nur in sehr kleiner Schrift abgedruckt. Ich habe ihn eingescannt und in lesbarer Größe dargestellt, so ist auch der Zusammenhang mit H. Müllers und G. Ottos Stellungnahmen hergestellt.

Auslese und damit der Aufartung. Die lebensstüchtigsten Eigenschaften sollen erhalten bleiben und sich vermehren. Nur die Menschen führen

Krieg

gegeneinander mit immer raffinierter ausgedachten Vernichtungswaffen, Die körperlich und geistig gesunden Männer werden „eingesetzt“ und viele von ihnen sind für den Heldentod auf dem Felde der Ehre ausersehen. Die Untauglichen und Drückeberger Können daheim ihre Eigenschaften ungestört an ihre Nachkommen weitergeben. Eine Gegenauslese, eine Abartung ist die logische Folge. Wenn es in der übrigen Natur keinen Krieg gibt. müssen die

Gründe zum Kriege

in falschen menschlichen Einrichtungen zu suchen und zu finden sein. Wer ernstlich Frieden erstrebt, muß der Losung folgen:

Zurück zu natürlichen Verhältnissen!

Zurück zu Verhältnissen, wie sie im Pflanzen- und Tierreich bestehen. Den Pflanzen und Tieren gehören die Sonne, die Luft, das Wasser und die Erde mit allen ihren Schätzen uneingeschränkt, uns Menschen nur die Sonne. Bei Luft und Wasser bestehen bereits Einschränkungen, und die Erde und ihre Schätze sind „Eigentum“ einer Minderheit (in Andalusien z.B. sind es 2 %), die daraus ein beträchtliches arbeitsloses Einkommen bezieht. Bodeneigentümer überlassen den Ausgesteuerten, den Entrechteten, den Proletariern Boden und Bodenschätze nur. wenn die sich bereit erklären, dafür die entsprechende Pacht aus ihrem Arbeitsertrag zu zahlen. Zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern kann es keinen Frieden geben. Kriegsgrund Nr. 1 ist

das arbeitslose Einkommen aus Boden und Bodenschätzen.

Kriegsgrund Nr. 2 ist das arbeitslose Einkommen aus Geld- und Sachkapital.

Das von Menschen erfundene Geld hat eine immer feinere Arbeitsteilung und damit die Zivilisation unserer Tage ermöglicht. Ohne dieses Geld würden wir noch in der umständlichen Naturaltauschwirtschaft oder gar der Urwirtschaft verharren. Geld ist also durchaus wertvoll, hat aber von den Edelmetallen Gold und Silber eine unnatürliche Eigenschaft übernommen, es ist nominell unvergänglich. 40 DM sind nach 2 Jahren noch 40 DM. während ihr Gegenwert, z. B. ein Doppelzentner Kartoffeln zu einem sehr kleinen Haufen

Kompost zusammenschrumpfte. So ziemlich alle Waren und auch die menschliche Arbeitskraft sind vergänglich und liegen in ständigem Kampf mit dem unvergänglichen Gelde, das alle zum Tausch benötigen, wobei der Sieg des Geldes vorprogrammiert ist. Geld regiert die Welt. Schon Friedrich Engels hatte erkannt, daß diejenigen, die von diesem Gelde einen Schatz anhäufen können, den anderen überlegen sind und sie mit den Zinsen für das geliehene Kapital ausbeuten können. Vom Gelde hat sich die Möglichkeit der

Zinserhebung auf sämtliche Sachkapitalien übertragen. Das hervorstechendste Beispiel ist der hohe Zinsanteil von 60 bis 80 %. der in allen Mieten steckt. Es ist doch kein Wunder, daß bei einem Zinsfuß von 15 % oder noch mehr keine Mietwohnungen mehr gebaut werden. Wer kann denn monatlich 4 500 DM Miete für eine Wohnung zahlen, die infolge der hohen Baulandpreise und Baukosten 300.000 DM erforderte? Die Hausbesetzungen deuten in eine richtige Richtung, können die Fragen aber nicht lösen, wenn die Ursachen nicht erkannt werden,

Eigentum an den Lebensgrundlagen (Boden und Bodenschätze) bedeutet Macht über andere; ebenso sind Geld- und Sachkapital Machtmittel. Es gibt aber noch ein drittes Machtmittel, das sich aus dem Zusammenleben der Menschen ergeben hat: die geistige Beeinflussung. Rangordnungen bestehen auch im Tierreich, niemals aber die bei Menschen mögliche Beein-

flussung durch die Schulen und Kirchen und besonders die Massenmedien
Presse und Rundfunk. Dieses zuletzt genannte Machtmittel hat es erreicht,
daß den meisten Menschen der Einfluß der erstgenannten Machtmittel ver-
borgten blieb. Sowohl in den Schulen, als auch in Presse und Rundfunk
scheinen diese Fragen unantastbar zu sein, sie werden systematisch tot-
geschwiegen. Man weist wohl auf Folgeerscheinungen hin, stellt die richtige
Diagnose, mit allen Mitteln verhindert man das Erkennen der Heilmöglichkeit
der

Therapie:

Sie besteht aus drei unveränderlichen Grundgesetzen.

§1

Jeder Mensch ist gleichberechtigter Miteigentümer der naturgegebenen Le-
bensgrundlagen, die niemand zum Schaden anderer verändern oder zerstö-
ren darf.*

§2

Jeder hat das alleinige Verfügungsrecht über seinen Arbeitsertrag, der ihm
ungekürzt zufließen muß.

§3

Jeder geschäftsfähige Erwachsene verfügt allein über die eigene Person.

Auf diese 3 Grundgesetze bauen die veränderlichen, die Geld- und Wäh-
rungsgesetze, Steuer-, Sozial-, Wahl-, Straf- und Schutzgesetze usw. auf.
die demokratisch beschlossen werden und durch die die Grundgesetze nicht
angetastet werden dürfen.

Freiland, die eherne Forderung des Friedens nannte vor über 60 Jahren
Silvio Gesell einen seiner Beiträge zu einer besseren Ordnung im Zusam-
menleben der Völker, In seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kann jeder

nachlesen, wie dem Machtmittel Geld- und Sachkapital die Zähne gezogen werden können und das römische Bodenunrecht in ein Bodenrecht umzuwandeln ist. Auch auf diesen Mann trifft der Satz zu. daß der Prophet im eigenen Lande nichts gilt.

Friedensfreunde, die sich um die vorstehend genannten Voraussetzungen für ein rechtliches Zusammenleben der Menschen nicht kümmern, werden Schiffbruch erleiden. Bisher gibt es auf unserem Globus nur Machtstaaten. Der Friede erfordert unerbittlich, daß an ihrer Stelle Rechtsstaaten geschaffen werden. Ohne sie wird ewig Krieg zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Bevorrechteten und Benachteiligten bestehen. Der Sinn der Schöpfung ist aber nicht Krieg, Zerstörung und Untergang, ihr Sinn ist Vervollkommnung in allen Bereichen, im menschlichen Bereich: Weg von den barbarischen Kriegszuständen, voran zu edlerem Menschentum!

*In den Ostblockländern „gehören“ die Lebensgrundlagen nur auf dem Papier den Arbeitern und Bauern, in Wirklichkeit sind die Nutznießer die Parteifunktionäre. Dort besteht Funktionärskapitalismus.

Hunger und Durst nach Gerechtigkeit (Matthäus 5 Vers 6) können nur gestillt werden, wenn Gerechtigkeit gesetzlich verankert und im Zusammenleben der Menschen verwirklicht wird. Nur so werden wir dem Geist der Bergpredigt gerecht.

3257 Lüdersen am 18. 10. 1981

Wolfsberg 3

Hermann Müller

geb. 1898

Stellungnahme zur LDK in Emden

von Hermann Müller

Sept. 1983

DIE GRÜNEN haben in der Plenardebatte der LDK in Emden totale Geistesverwirrung sichtbar werden lassen, eine Kraft, die DIE GRÜNEN in den Abgrund ziehen wird.

Was ist wirklich geschehen? Der Antrag Nr.1 - seit LDK in Lüneburg unverändert abgedruckt – gegen „ultrarechte Tendenzen“, „faschistische Ansichten“ ist weder ernsthaft diskutiert worden, noch stellten die 4 DIN A4-Seiten „Stellungnahme“ des Antragstellers KV Verden auf diesen Antrag ab. Vielmehr hat mir Verden Pazifismus bescheinigt (wörtlich): „Wir haben Müllers Pazifismus nicht in Frage gestellt“. Helmut Lippelt, ebenfalls Antragsverfechter, nannte mich in der Debatte „Antinazi“. Mithin hat die LDK Emden einen pazifistischen Antifaschisten wegen ultrarechter Tendenzen verurteilt. So brachten es Presse und Rundfunk ebenfalls. Eine Grotteske !

In der „Stellungnahme“ des KV Verden taucht nun ein völlig neuer Vorwurf auf; Sozialdarwinismus. Dieser Begriff ist eine soziologische Museumsleiche von 1860, den die Antragsteller selber noch nicht einmal kennen. Nach Berrisdorf, Wörterbuch der Soziologie, Frankfurt 1972, ist er eine „Rechtfertigungslehre wirtschaftlicher Miß- und Notstände“. Mein beanstandetes Flugblatt wendet sich aber in aller Schärfe und in seinem Wesensgehalt gegen solche Mißstände und schlägt auch Gegenmaßnahmen vor. Es ist darum „antisozialdarwinistisch“.

Nach Bernsdorf ist der Sozialdarwinismus kongenial, d. h. wesensverwandt mit John D. Rockefeller und Andrew Carnegie und erlebte eine Blüte in den USA vor 1900, während er auf dem europäischen Kontinent nur eine Nebenrolle spielte. Dagegen behauptet H. Lippelt stracks, er sei „das fruchtbare Beet, aus dem der Faschismus kroch“. Obendrein gehört zum Lehrbestandteil des Sozialdarwinismus die „scharfe Ablehnung jeder staatlichen Interventionspolitik“, und das ist der Wesenskern des Faschismus als totaler Staat. Daher meine Meinung: Wenn DIE GRÜNEN nicht in ei-

nem Sumpf von Verdrehungen und Diffamierungen untergehen wollen, müssen sie sich die Mühe machen, die Dinge wenigstens in groben Zügen wirklich kennenzulernen, bevor sie diese be- oder verurteilen.

Verden schreibt: „Wir dürfen nicht dahin kommen, daß wir uns gegenseitig -ismen auf die Köpfe hauen“ und haut mir sofort danach Sozialdarwinismus auf den Kopf.

Ist das kein -Ismus ?

Weiter: „Wir hoffen, daß die überwältigende Mehrheit der Delegierten gewillt und in der Lage ist, H. Müller ... zu erklären .. daß ...“ Da „erklären“ von „klar“ herkommt, meine Frage: Wie wollen diejenigen, die in einem Meer von Unwissen schwimmen, etwas klären?

Zur Klarstellung der Sachlage gehört wesentlich: Verden hat seinen Antrag Nr. 1 stillschweigend fallengelassen und durch einen Initiativantrag ersetzt.

Verden hat mir, der ich den Machtstaat durch einen Rechtsstaat ersetzen will, unterstellt, meine Vorschläge würden "in letzter Konsequenz zu einer unmenschlichen Politik führen, nämlich zu Arbeitslager, KZ, Gaskammer". Diese Unterstellung kann ich nur als eine Freud'sche Projektion der Ängste Verdens bezeichnen, weil mein Ziel: Staatsabbau und mehr Gerechtigkeit die Befürchtungen des KV Verden ganz absurd erscheinen läßt.

Mit Hilfe dieser Tricks sind in Emden nicht meine Ansichten verurteilt worden, die mein Flugblatt enthält, sondern die Gedanken, die Verden in meine Ansichten hineingelegt hat, mir unterstellte.

Mit einer derartigen Methode kann jeder GRÜNE fertiggemacht werden und so jenes Duckmäsertum geschaffen werden, das DIE GRÜNEN in Infoblatt 8 (Januar 83) den etablierten Parteien vorwerfen. Dort sprechen sich DIE GRÜNEN für die „unzensurierte Selbstdarstellung von Minderheiten und kritischen Meinungen“ aus. Wie verträgt sich mit dieser Forderung

Helmut Lippelts Diffamierung des Arbeitskreises Dritter Weg / Natürliche Wirtschaftsordnung als „Rinnsal“ ? Soll das einen Maulkorb für bestimmte GRÜNE

rechtfertigen helfen ?

Wo bleibt die von den Antragstellern angekündigte
inhaltliche Auseinandersetzung ?

Wer mir altersbedingte Lernunfähigkeit vorwirft, wie in Emden geschehen, der sollte wenigstens die Begriffe kennen, mit denen er anderen auf den Kopf haut und zur Sache diskutieren.

Ich bedaure, daß DIE GRÜNEN, wie es der Wahlkampf in Hessen zeigt, die wertvollen Gedanken der Ökoinstitute und lebensschützerischen Forscher und Menschen zunehmend vergessen und sich stattdessen auf demagogisches und ideologisches Geschwätz verlegen. Wenn sich Holger Börner heute als „echter Grüner“ verkaufen kann, dann sollten wir GRÜNEN uns ernstlich nach den eigenen Fehlern fragen.

Der Wald stirbt - Ackerboden und Trinkwasser werden sterben. Die Wachstumszwänge, die durch die Zinswirtschaft ausgeübt werden, die wären einer Plenardebatte wert gewesen. Es wäre wert gewesen zu klären, wie an die Stelle der Macht, die den Wachstumszwängen zugrunde liegt, das Recht gesetzt werden kann.

Schade um die vertane Zeit !

Hermann Müller

(Übertragen im Sept. 2007 von TA.)

Noch einmal: Extrem rechte Ansichten beim liberalsozialen Arbeitskreis DRITTER WEG?

Nur die neuerliche Stellungnahme des KV Verden, die ich erst einen Tag vor der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Niedersachsen in Emden am 28. /29. 8. 83 lesen konnte, veranlaßt mich, nochmals zur Feder zu greifen und einige grundsätzliche Überlegungen vorzutragen.

Georg Otto, 3226 Eberholzen

1. Es ist bedauerlich, daß der Landesvorstand das Abromeit-Papier nicht als Delegiertenunterlage verschickte, denn der KV Verden beruft sich darauf. Es fehlt so den Delegierten die Möglichkeit zu vergleichen, was Tristan Abromeit überhaupt ausgeführt hat.

Für alle, die es genau wissen wollen, liegt die Schrift zu DM 1,—am Infotisch aus.

2. Zusammenfassung der wichtigsten Positionen Hermann Müllers im Flugblatt

„Es kann keinen Frieden auf Erden zwischen den Menschen geben ...“

a) H. M. erklärt sich eindeutig gegen den Krieg unter den Menschen und Völkern. (Als Vegetarier praktiziert er auch keinen Krieg zwischen Mensch und Tier und hebt hier für sich das sonst in den Naturbeziehungen geltende Gesetz vom Kampf aller gegen alle auf.)

b) H. M. will gesellschaftliche Bedingungen schaffen, die Kriege ausschalten. (Überwindung der Kriegsursachen)

c) Er lehnt jede Beherrschung von Menschen durch Menschen, incl. durch den Staat ab und tritt für volles Selbstbestimmungsrecht der Bürger ein.

- d) Dazu gehört das uneingeschränkte Recht auf den vollen Arbeitsertrag, der nicht durch Kapitalerträge gekürzt werden darf — d. h. Ablehnung jeglicher Ausbeutung von Menschen durch Menschen unter Ausnutzung von Kapitalverhältnissen und Staatsmonopolen. Miteigentum aller Menschen an den Lebensgrundlagen (Boden).
- e) Grundlagen für Kriege, Ausbeutung und Herrschaft sieht H. M. Im Geld- und Bodenmonopol und allen davon abgeleiteten wirtschaftlichen und politischen Monopolen, die durch entsprechende Reformen zu überwinden sind.

Dies ist der eigentliche Inhalt des Müllerschen Flugblattes und diese Punkte stehen eindeutig im Widerspruch zu faschistischem Gedankengut. Denn der Faschismus verteidigte das, was Müller angreift: Die Vormachtstellung des deutschen Kapitals gegenüber dem Volk und wollte durch Krieg dem deutschen Kapital zum Vorrang vor anderen Kapitalgruppen verhelfen.

Bis hier gibt es Übereinstimmung zwischen Müller und dem liberalsozialen Arbeitskreis DRITTER WEG. (Freiwirtschaftslehre)

3. Widersprüchlich mit obigen Zielsetzungen Müllers - und nicht durch freiwirtschaftliches Gedankengut gedeckt - sind die biologistischen Anschauungen Müllers: Übertragung oder scheinbar Übertragung - weil nicht klar genug formuliert ist, was eigene Anschauung und was Beschreibung von Verhältnissen ist - von Verhältnissen in Naturbereichen auf die menschliche Gesellschaft. Der KV Verden nennt dies sozialdarwinistische Gedanken. Weder Abromeit noch ich haben dies weder in Fischerhude, noch in unseren Papieren verteidigt. Wir haben zu erklären versucht, was Müller meinen könnte und warum er als 84 -Jähriger diesen Begriffsapparat mit sich herumschleppt. Auch dies sollte in der Debatte bedacht werden. Es ist für uns aber keine Entschuldigung!

Daß Kriege zur Folge haben, daß die weniger Gesunden mehr Gelegenheit zum Kinderkriegen haben und die Gesünderen mehr auf den Schlachtfeldern umkommen,

ist nun allerdings eine Tatsache - Müller will sie, ja nun überwinden und er verteidigt das nicht! Offensichtlich ist dies von Kritikern übersehen worden! Vorschub wird dem dadurch geleistet, daß H. M. Begriffe für diese Beschreibung verwendet, die in der faschistischen Rassentheorie gängig waren.

Ich stimme nicht mit der Aussage überein, nur unter Menschen herrsche Krieg- in der Natur gebe es nur Kampf. Für die vom Löwen zerrissene Gazelle dürfte es gleichgültig sein, ob der Vorfall, der zu ihrem Tode führt, als Kampf oder Krieg gebucht wird.

Völlig mißverständlich ist dann auch H. Müllers Satz: „Zurück zu Verhältnissen wie im Pflanzen- und Tierreich“ --- Bekanntlich gilt dort das Gesetz des Stärkeren: Tausende Samen müssen sterben, einer setzt sich vielleicht durch --- oder einer frißt den anderen auf. Andererseits wird das Ergebnis dieses harten Kampfes ums Dasein als biologisches oder ökologisches Gleichgewicht gelebt, das sich immer dann einstelle, wenn Menschen in Naturvorgänge nicht eingreifen!

Aber das war es gar nicht, was Müller an dieser Stelle meinte: Er wollte sagen, daß in der Natur kein Monopolist den Lebewesen die Benutzung der Erde, des Wassers, der Luft nur gegen Tribut gestattet, wie es in der Menschengesellschaft nun der Fall ist.

Solche widersprüchlichen Aussagen, und platten Übertragungen von Vorgängen im Naturbereich auf menschliche Gesellschaften verwirren nur, führen zu Mißverständnissen und sind politisch und sicher auch nicht wissenschaftlich haltbar.

Freiwirtschaft will in keinem Fall „Naturgesetze“ auf die menschliche Gesellschaft übertragen --- sondern -das wird zum Schluß noch aufgezeigt, den im heutigen Kapitalismus tatsächlich herrschenden Sozialdarwinismus - den Kampf des Kapitals gegen die Menschen - ausschalten und humanitären Grundsätzen und ethischen Normen zum Durchbruch verhelfen.

4. Freiwirtschaft sozialdarwinistisch ?

Der KV Verden leitet dies aus der Schrift von H. Schnell von 1948: „Freiwirtschaft und Kapitalismus“ ab. Es werden 3 Sätze aus einem Zusammenhang von Seite 113 - 117 zitiert. U. a. „Wer arbeitet, hat also keine Veranlassung den wirklich freien Wettbewerb zu fürchten.“

Daraus folgerten die Verdener Freunde: „Tja, und wer nicht ordentlich was leisten kann, den beißen die Hunde. Oder er wandert ins Arbeitslager / Heilanstalt / Gaskammer.“

Diese Folgerung zeigt nur, daß die Freunde aus Verden trotz Lektüre des Müllerflugblattes und von 150 Seiten *Schnell* überhaupt nicht erfaßt haben, um was es uns geht und welcher grundlegende Unterschied zwischen sogenanntem Wettbewerb im Monopolkapitalismus und w i r k l i c h e n freiem Wettbewerb in der erstrebten freiwirtschaftlichen Ordnung besteht! ---- Oder will man nicht verstehen oder hat man nur überlesen, bis man einen Satz fand, mit dem zu beweisen ist, was bewiesen werden soll???

Hat H. Müller nicht eindeutig erklärt, daß er (und die Freiwirte) gegen jede Form der Ausbeutung eintreten, daß sie den Arbeitenden das Recht auf den vollen Arbeitsertrag sichern wollen --- das sind heute 300 - 500 Mrd. Kapitaleinkommen j e d e s Jahr!

Um diese Summe tobt heute der (versteckte)Krieg zwischen den Monopolinhabern und dem Volk, das es zum großen Teil dank Gehirnwäsche noch nicht gemerkt hat. Heute beißen den die Hunde, der unter die Räder der Profitmaschine gerät!!!!

=====

Hat nicht H. Schnell in seinem Buch auf 150 Seiten nun viel ausführlicher diesen Tatbestand zu erklären versucht und auch gezeigt, wie die freiwirtschaftliche Alternative aussieht?

Und dann diese Mißverständnisse ???? Diese Unterstellungen??

An dieser Stelle zeigt sich auch, daß es falsch war, als der Landesvorstand durch

Nichtversendung des Abromeit-Papieres jede Debatte über die Position 3. Weg vermeiden wollte --- es gehe nur um den Fall Müller !!! Jetzt, wo der KV Verden g r u n d s ä t z l i c h e Positionen des 3. Weges in Frage stellt, ist diese Trennung nicht mehr möglich!

Ohne grundsätzliche Erörterung freiwirtschaftlicher Auffassung vom Wettbewerb läßt sich der Vorwurf, diese Position sei sozialdarwinistisch, nicht entkräften.

Umgekehrt: Diese Position ist in der Lage, das in der heutigen Wirtschaft herrschende Gesetz vom Fressen und Gefressenwerden aufzuheben und zwar in den Beziehungen der Menschen innerhalb eines Volkes und zwischen den Völkern untereinander, weil diese Position den Klassenkrieg durch Bürgerfrieden überwinden kann.

Und der Völkerfrieden – so Silvio Gesell, maßgeblicher Theoretiker dieser Position - ist nur vom Altar des Bürgerfriedens zu holen!

Die Freiwirtschaftslehre (von Keynes liberaler Sozialismus, genannt) will die Menschen und ihre Wirtschaft von den Monopolen (Geld-, Boden- und abgeleitete Monopole) befreien und dadurch zu einer ausbeutungs- und herrschaftsfreien Ordnung gelangen, in der sich Menschen völlig gleichberechtigt gegenüberstehen und ihre Angelegenheit durch Vertrag regeln (statt durch Macht wie in herkömmlichen Staaten). In einer solchen Ordnung gibt es keine, die übrig bleiben und die die Hunde beißen!

W a r u m ?

=====

Das einzuführende, umlaufgesicherte Geld macht durch eine Antihortungssteuer K r i s e n = Arbeitslosigkeit unmöglich, weil bei sinkender Rendite (Profirate) das NICHTINVSTIEREN durch diese Steuer mit Verlusten bestraft würde.

D a d u r c h gibt es entsprechend den Bedürfnissen der Menschen Arbeit für alle!

=====

Wer wird ohne Arbeitslosigkeit von den Hunden gebissen? Nur die Verwalter der bisherigen Arbeitslosigkeit. Die ganze Nürnberger Bürokratie kann aufgelöst werden!

W e i t e r

=====

senkt die nun nicht mehr zu störende Kapitalbildung den Zins (Mehrwert) in Richtung NULL und die Arbeitseinkommen steigen auf 100% des VOLKSEINKOMMENS. Die Arbeitenden müssen nicht mehr mit den Kapitalisten teilen!

300 – 500 Mrd. jährlich für das Volk! Die bisher die Kapitalkonzentration und Machthäufung bei wenigen steigerten!

Das ist aber Überwindung der AUSBEUTUNG! Wen beißen die Hunde?

A u ß e r d e m:

===== Da die Grundrente (Bodenzins) infolge naturbedingter Bodenknaptheit im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nicht in Richtung NULL zu senken ist, muß sie „sozialisiert“, d. h. als Bodenwertzuwachsabgabe steuerlich eingezogen werden. Wir wollen sie den Müttern (Erziehenden) als Erziehungsgehalt auszahlen und so die Frau als Mutter von der auch wirtschaftlichen Bevormundung durch den Mann befreien!

Auch die alleinstehenden 'Mütter werden so nicht von den Hunden gebissen'

Zusätzlich

===== werden durch die von uns anzuführende FESTWÄHRUNG (exakte Geldmengenpolitik) Einkommen und Ersparnisse gegen staatlichen Inflationsbetrug geschützt. In einer krisen-ausbeutungs- und inflationsfreien Wirtschaft kann sich jeder viel besser und sicherer gegen persönliche Notfälle absichern als es durch kapitalistische Sozialkosmetik möglich ist!

Wer wird da von den Hunden gebissen oder wer fällt dann durchs soziale Netz?

=====

Und schließlich:

=====

In einer monopolfreien Wirtschaft können Einkommen nur noch durch Arbeit gebildet werden - aber nicht mehr durch Aneignung des Arbeitsertrages der Arbeitenden durch die Kapitalisten!

Für die Kapitalprofite ist kein Platz mehr !

Nach neueren psycho-sozialen Erkenntnissen beträgt die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Menschen verschiedenster Ausbildung etwa 1 : 5 bis 1 : 5 und nur in Ausnahmefällen wird ein Einkommensunterschied von 1 : 10 zugestanden!

Und genau dieser Einkommensverteilung soll durch liberalsozialistische Maßnahmen zum Durchbruch verholfen werden!

Heute, aber gibt es kapitalistische Einkommensunterschiede wie 1 : 10 000 oder noch mehr! Das aber ist nicht mehr leistungsbedingt, sondern beruht auf vordemokratischen Privilegien des Geld - und Bodenmonopols und ihrer machtpolitischen Absicherung durch die Staaten.

Wer dann immer noch von den Hunden gebissen werden sollte,- d. h. wer aus irgendwelchen Gründen nicht arbeiten kann und nicht selbst für sein Alter sorgen kann, dem kann eine solche Gesellschaft ganz anders durch ein menschenwürdiges Grundgehalt sichern als in unserer heutigen sozialkapitalistischen Flickschusterei!

Und diese unsere H a l t u n g

=====

s o l l s o z i a l d a r w i n i s t i s c h s e i n ?

Als die drei Verdener Freunde schließlich 3 Sätze aus *H. Schnell* herausklaubten, die für unsere sozialdarwinistische Einstellung erhalten müssen, dann mußten sie dies ausgerechnet aus 4 Seiten herausholen, die a u s s c h l i e ß l i c h nachweisen, daß Freiwirtschaft Überwindung des in der Natur herrschenden brutalen Kampfes um das nackte Überleben ist und daß Freiwirtschaft eine zutiefst humanistische Politik einleitet, die endlich einmal ethischen Normen in der menschlichen Gesellschaft zur Entfaltung helfen kann.

Gern würde ich noch diese 4 Seiten abtippen und vervielfältigen – aber es ist bereits Mitternacht und bis zur Abfahrt nach Emden ist neben notwendigem Schlaf noch einiges zu tun. Wer will, kann in Emden in mein Exemplar hineinschauen. Oder, drücken es die GRÜNEN INFORMATIONEN einmal ab? In anderen Landesinfos der GRÜNEN gibt es durchaus liberalsoziale Informationen!

oooooooooooo

Anmerkung vom September 2007:

Der obenstehende Text wurde von Georg Otto auf vier Wachsmatritze übertragen und veröffentlicht, aber vermutlich nicht mehr zu der benannten LDK in Emden. An eine Veröffentlichung durch den Landesverband oder Bundesverband der GRÜNEN kann ich mich nicht erinnern. Der Vorwurf „ultrarechte Tendenzen“ war eben nicht der Versuch einer Klärung von Inhalten, sondern eine gelungene Maßnahme, die ungeliebte Gründungsgruppe AK Dritter Weg – NWO kalt zu stellen.

Der vorliegende Text war auf vier DIN-A-4 Seiten gequetscht. Der besseren Lesbarkeit wegen, habe ich ihn durch eine größere Schrift und einen anderen Zeilenabstand gedehnt. Ich habe mich bemüht, die Hervorhebungen durch Unterstreichungen und Sperrschrift im Original nach Möglichkeit zu übertragen.

Tristan Abromeit